

Autor	Beitrag
<p>petergaukler 11.07.2011 20:51</p>	<p>Jackpot: Glücksspiel-Millionen für das Land LINZ. Das Automatenspiel wird in Oberösterreich erlaubt und neu geregelt. Den Jackpot haben sich Land und Gemeinden gesichert. Sie erhalten daraus voraussichtlich 15 Millionen Euro an zusätzlichen Einnahmen pro Jahr.</p> <p>Die Bundesländer können auf Basis des neuen Glücksspielgesetzes von 2010 das so genannte kleine Glücksspiel selbst regeln. Oberösterreich geht vom bisherigen Verbot ab und prescht vor.</p> <p>Alle im Landtag vertretenen Parteien haben beschlossen, dass innerhalb strenger gesetzlicher Regeln drei Konzessionen für insgesamt 1173 Spielautomaten ausgeschrieben werden, die dann ans Bundesrechenzentrum angeschlossen werden. Er gehe davon aus, dass sich Unternehmen wie Casinos Austria und Novomatic um die beiden Konzessionen für Spielsalons mit jeweils 362 Automaten bewerben werden. Dazu komme noch die Lizenz für die Aufstellung von 449 Einzelautomaten in Gaststätten, sagt der zuständige Landesrat Hermann Kepplinger (SPÖ). Alle anderen Spielsalons müssten schließen. „Es war unmöglich, das illegale Automatenspiel in den Griff zu bekommen. Da ist es besser, es streng kontrolliert zuzulassen“, sagt Kepplinger.</p> <p>Der maximale Wetteinsatz in Automatenalons wird auf fünf Euro, der maximale Gewinn mit 5000 Euro beschränkt. Das sind 50 Prozent des bundesgesetzlich erlaubten Höchstausmaßes, aber zehn Mal so viel wie früher in Bundesländern mit legalen Automaten erlaubt war.</p> <p>Das Land wiederum nützt die Möglichkeit, zur Stammabgabe für den Bund von zehn Prozent auf die Spielerträge weitere 15 Prozent Landesabgabe einzuheben, zur Gänze aus. Daraus sollen pro Jahr rund 15 Millionen Euro an das Land und die Gemeinden fließen.</p> <p>Davon wiederum will Kepplinger einen Teil in die Bekämpfung der Spielsucht investieren.</p> <p>Die drei Automatenaufsteller werden zwölf Monate Zeit haben, ihre Automaten aufzustellen. Kepplinger rechnet damit, dass das neue Glücksspielgesetz Anfang 2013 in Oberösterreich vollständig umgesetzt sein wird.</p> <p>http://www.nachrichten.at/nachrichten/wirtschaft/wirtschaftsraumooe/art467,662346</p> <p>interessant sind auch die kommentare !</p>
<p>bandick 12.07.2011 08:05</p>	<p>die erlaubten 1173 automaten (woher kommt eigentlich diese merkwürdige zahl?) sollen an das bundesrechenzentrum angeschlossen werden? wozu? welchen zweck verfolgt man damit? in anbetracht der tatsache, dass es aber vor allem applikationen für das bundesministerium für finanzen betreibt, geht es in diesem falle aber vermutlich nur darum zu zählen, wie viel geld der staat tatsächlich kassiert - und wenn es gut läuft, mehr davon zuzulassen.</p>

Autor	Beitrag
<p data-bbox="92 145 327 212">gmg 12.07.2011 08:49</p>	<p data-bbox="352 145 1396 280">Zitat Der maximale Wetteinsatz in Automatensalons wird auf fünf Euro, der maximale Gewinn mit 5000 Euro beschränkt. Zitat off</p> <p data-bbox="352 313 1404 347">Ich nehme an, dass es sich bei diesen Werten um die Zahlen pro Spiel handelt ?</p> <p data-bbox="352 380 853 448">Also 5 € (Wetteinsatz ?) pro Spiel und 5.000 € maximaler Gewinn pro Spiel ?</p> <p data-bbox="352 481 1436 616">Zitat geht es in diesem falle aber vermutlich nur darum zu zählen, wie viel geld der staat tatsächlich kassiert Zitat off</p> <p data-bbox="352 683 462 716">Logisch:</p> <p data-bbox="352 750 1484 952">Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser... :biggrin: Gilt übrigens für alle Bereiche. Natürlich besonders Bargeldbereiche. Die sind nun mal sensibel. Und genau dafür gibt es u. a. den Erlaß des Bundesministeriums der Finanzen vom 26. 11. 2010 zur Aufbewahrung digitaler Unterlagen bei Bargeschäften.</p> <p data-bbox="352 985 1037 1019">Für jeden Automatenbetreiber unbedingt lesenswert.</p> <p data-bbox="352 1052 1444 1153">Und noch ein kleiner Hinweis: Einzelangaben und Details von Geschäftsvorfällen sind in vollem Umfang steuerlich relevant und aufbewahrungspflichtig.</p> <p data-bbox="352 1187 1476 1388">Es ergibt sich daher momentan folgende Empfehlung: Die Ordnungsmäßigkeit von Grundaufzeichnungen ist ein wesentlicher Maßstab zur Risikoeinschätzung für Erlösverkürzungen. Ziel ist, dass der mitwirkende und ordnungsgemäß aufzeichnende Steuerpflichtige durch eine Betriebsprüfung möglichst wenig belastet wird, im Gegensatz zu dem Steuerpflichtigen, der die Prüfbarkeit durch Verletzung von Aufbewahrungspflichten einschränkt oder vereitelt.</p> <p data-bbox="352 1422 1300 1489">Frage an die Steuerpflichtigen (also den Automatenaufstellunternehmer): In welche Risikogruppe möchte man eingestuft werden?</p> <p data-bbox="352 1523 1436 1590">Es wird Zeit, die seit dem 01. 01. 2002 in Kraft getretenen Vorschriften der GDPDU umzusetzen.</p> <p data-bbox="352 1624 1356 1691">Ich warte auf den zertifizierten Fiskalspeicher, der dem Standard von INSIKA entspricht</p> <p data-bbox="352 1758 790 1803">Hier geht es zum BMF-Schreiben</p> <p data-bbox="352 1859 438 1892">Grüße</p>

Autor	Beitrag
<p>k.osdorf 13.07.2011 14:24</p>	<p>Als deutliches Signal gegen die fragwürdigen Praktiken des Glücksspielkonzerns Novomatic wertet der Grüne Landesgeschäftsführer Niederösterreich, Thomas Huber, SP-Schlögl's Ausscheiden aus dem Novomatic-Aufsichtsrat:</p> <p>http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20110712_OTS0061/sp-schoegl-verlaesst-haus-des-schreckens</p>
<p>bandick 25.07.2011 08:29</p>	<p>insgesamt geht es sogar um knapp 2.500 automaten, wenn oberösterreich bald hinzukommt (1.339 in niederösterreich, 1.173 in oberösterreich). nach branchenschätzungen gibt es in oberösterreich allerdings jetzt schon 3.500 illegale geräte. ob man die durch die novellierung weg bekommt, wie es sich der gesetzgeber verspricht, darf zumindest in frage gestellt werden. viel wichtiger dürften die erhofften zusatzeinnahmen von bis zu 17 millionen euro wiegen.</p> <p>schön finde ich ja auch noch die aussage von dem grazer juristen christian horwart, der das neue glücksspielgesetz in österreich als "husch-pfusch-gesetz" beschrieben hat. :biggrin: das lässt sich durchaus auch an diversen stellen hierzulande anbringen.</p> <p>http://www.krone.at/Oesterreich/Gluecksspiel_In_OOe_und_NOe_bis_zu_2.500_neue_Automaten-Laender-Lizenzen-Story-273489?utm_source=krone.at&utm_medium=RSS-Feed&utm_campaign=%D6sterreich</p>
<p>k.osdorf 28.07.2011 17:34</p>	<p>Ich frage mich ja immer, wo diese Schätzungen von illegalen Automaten herkommen. Denn entweder, man kennt die genaue Zahl oder man kennt sie nicht. Aber wenn die Automaten illegal sind und noch "laufen", hat man sie wohl nicht entdeckt. Und wenn man sie noch nicht entdeckt hat, kann man sie auch nicht zählen. Oder sehe ich da etwas falsch?</p>
<p>bandick 30.07.2011 16:10</p>	<p>jetzt sind zu den schätzungen auch ein paar "reale" spielautomaten dazugekommen: bei einer razzia in wien sind 387 automaten beschlagnahmt worden, die ohne erlaubnis aufgestellt worden waren.</p> <p>mehr dazu hier:</p> <p>http://www.krone.at/Oesterreich/387_Automaten_bei_Grossrazzia_in_Wien_beschlagnahmt-Illegales_Gluecksspiel-Story-274872</p> <p>aber was genau sind denn "finanzpolizisten"?! </p>
<p>gmg 30.07.2011 18:54</p>	<p>Finanzpolizisten in Österreich</p> <p>Aus KIAB ist Finanzpolizei geworden Aus der "Kontrolle der illegalen Arbeitnehmerbeschäftigung" (KIAB) ist mit Jahresbeginn 2011 die Finanzpolizei geworden. Neben der Namensänderung erhält die Behörde auch neue Kompetenzen.</p> <p>Grüße</p>
<p>bandick 01.08.2011 17:27</p>	<p>hallo gmg, besten dank für die info!</p>

Autor	Beitrag
k.osdorf 05.08.2011 10:42	<p>Bet-At-Home hat sich in Österreich auch für eine Lottolizenz beworben, hält die Ausschreibungsbedingungen und die rechtliche Situation in Österreich jedoch für fragwürdig:</p> <p>http://derstandard.at/1311802742029/Lotterielizenz-bet-at-home-unter-Bewerbern</p>
bandick 06.08.2011 08:17	<p>das ganze wird sowieso wieder an die österreichischen lotterien gehen - genau wie all die jahre zuvor auch. die ausschreibung ist doch bloß makulatur. und ob die kritischen worte von bet-at-home der sache unbedingt zuträglich sind, wage ich auch zu bezweifeln.</p> <p>als dritter im bunde scheinen ja die italiener im spiel zu sein - vielleicht haben die natürlich noch irgendwelche mafia-methoden in petto und unterbreiten ein angebot, dass man nicht ablehnen kann. :wink:</p>
k.osdorf 11.08.2011 11:58	<p>Du magst recht haben, dass das ein abgekartertes Spiel ist und die Österreichischen Lotterien bereits als "Gewinner" feststehen. Dennoch ist jetzt noch ein vierter Interessent aufgetaucht, über dessen Identität man sich jedoch ausschweigt.</p> <p>http://www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/branchen/vierter-bewerber-fuer-lotterielizenz-aufgetaucht-483775/index.do? vl_backlink=/home/index.do& vl_pos=8.2.DT</p>
bandick 15.08.2011 17:51	<p>ich verstehe nicht, warum die so ein geheimnis daraus machen, wer sich nun für die konzession beworben hat. wovor haben die denn angst? die italiener sind ja auch noch nicht wirklich bestätigt, das wird lediglich gemutmaßt und offizielle stellungnahmen kamen bisher noch keine.</p> <p>vollkommen unnötige geheimniskrämerei.</p>
96er 21.09.2011 10:59	<p>Acht Glücksspiel-Lizenz-Anträge liegen in Oberösterreich nun für Spielcasinos und vier für die Automatenaufstellung vor. Genaue Angaben gibt es dazu derzeit jedoch noch keine:</p> <p>http://www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/unternehmen/oberoesterreich/acht-bewerbungen-fuer-die-ooe-gluecksspiel-lizenzen--488989/index.do</p>
bandick 25.09.2011 11:10	<p>na ja, wie aber auch aus dem artikel hervorgeht, sind die ace ag und amatic industries als bewerber bereits klar. vermutlich sind außerdem noch merkur und helmut polanz dabei. und die anderen werden sicherlich bald verkündet werden.</p>
96er 30.09.2011 13:06	<p>"Recherchen der OÖNachrichten haben ergeben, dass sich auch die Casinos Austria um eine Lizenz für den Betrieb von Spielsalons beworben haben. Konzernsprecher Martin Himmelbauer konnte das auf Anfrage bestätigen."</p> <p>http://www.nachrichten.at/nachrichten/wirtschaft/art15.724795</p>

Autor	Beitrag
<p>bandick 03.10.2011 08:45</p>	<p>quote----- Original von gmg</p> <p>Finanzpolizisten in Österreich</p> <p>Aus KIAB ist Finanzpolizei geworden Aus der "Kontrolle der illegalen Arbeitnehmerbeschäftigung" (KIAB) ist mit Jahresbeginn 2011 die Finanzpolizei geworden. Neben der Namensänderung erhält die Behörde auch neue Kompetenzen.</p> <p>-----</p> <p>so richtig durch die decke ist die neue kiab aber noch nicht. zwar haben die bisher bereits 1.200 illegale automaten beschlagnahmen können (das geht aus einer parlamentarischen anfragebeantwortung von finanzministerin feker an den grünen abgeordneten peter pilz hervor), aufgrund ihrer streitigkeiten über die zuständigkeiten mit der "normalen" polizei sowie ihrer angewandten "rambo-methoden" (einige automatenbetreiber waren mit klagen erfolgreich) ist die kiab aber auch in die kritik geraten.</p> <p>"Das finanzministerium will den für glücksspiel zuständigen behörden nun weitere schulungen anbieten, 'um im Gesetzesvollzug eine einheitliche Rechtsanwendung sicherzustellen'."</p> <p>http://www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/branchen/finanzpolizei-hat-weiter-illegale-automaten-im-visier-490098/print.do</p>
<p>k.osdorf 12.10.2011 14:37</p>	<p>Interessant:</p> <p>http://www.nachrichten.at/nachrichten/wirtschaft/art15,733854</p> <p>Lottelo-Gründer Daniel Goldscheider erwägt bereits rechtliche Schritte, und auch bet-at-home wird die Niederlage nicht auf sich sitzen lassen.</p> <p>"Die Notwendigkeit eines Gesellschaftssitzes im Inland, das verlangte Gesellschaftskapital von 109 Millionen Euro und das Verbot, in anderen Mitgliedsstaaten Filialbetriebe zu errichten, seien laut einem aktuellen EuGH-Urteil „unionsrechtlich sehr problematisch.“, denn "Die Österreichischen Lotterien seien vermutlich weltweit das einzige Unternehmen, das dieses Anforderungsprofil exakt erfüllen könne."</p> <p>Irgendwie beruhigend, dass die Ösis genauso ihre Probleme mit dem Glücksspiel haben wie wir. Wenn die Rechtsprechung auch nicht immer grenzübergreifend vorhanden zu sein scheint - die Dummheit ist es sehr wohl. :applaus:</p>
<p>räubertochter 09.03.2012 09:22</p>	<p>Die SPÖ-Basis spricht sich gegen das kleine Glücksspiel aus. O-Ton: "Geld mit dem Kleinen Glücksspiel zu machen widerspricht sozialdemokratischen Werten." Und dabei ist das kleine Glücksspiel doch ein großer Sponsor politischer Arbeit. Allein in der Steirer Staatskasse würden dadurch 20 Millionen Euro am Jahresende fehlen.</p> <p>http://derstandard.at/1331206768653/Landesparteitag-Steiermark-SPOe-Basis-mobilisiert-gegen-Kleines-Gluecksspiel</p>

Autor	Beitrag
<p>bandick 12.03.2012 08:24</p>	<p>quote----- Original von räubertochter "Geld mit dem Kleinen Glücksspiel zu machen widerspricht sozialdemokratischen Werten." http://derstandard.at/1331206768653/Landesparteitag-Steiermark-SPOe-Basis-mobilisiert-gegen-Kleines-Gluecksspiel ----- richtig. geld wird viel lieber mit dem große glücksspiel gemacht - da bleibt wenigstens auch ein bisschen was in der staatskasse hängen. :wink:</p>
<p>räubertochter 13.03.2012 07:27</p>	<p>Kann mir mal jemand sagen, was "Bundes-Automaten" im Gegensatz zu "normalen" Glücksspielautomaten genau sind?</p>
<p>k.osdorf 10.04.2012 10:47</p>	<p>Die österreichische Polizei hat sich nun (endlich) vorgenommen, die illegalen Spielautomaten im Land zu vernichten. In Zell am See wurden - tadaa - bereits 23 Automaten zerstört. Bisher war das nicht rechtens, eingezogene illegale Spielautomaten mussten sogar zurückgegeben werden. Nach der Gesetzesnovelle wird jetzt ein neuer Anlauf gewagt. http://salzburg.orf.at/news/stories/2528333/</p>

Autor	Beitrag
<p>räubertochter 13.04.2012 09:53</p>	<p>Casinos haften für Verstöße gegen EU-Recht:</p> <p>http://www.game-over.at/institut/presse/166_ogh_casinos_haften_fuer_verstoesse_gegen_eu_recht</p> <p>Der OGH wertet die Inhaberin des österreichischen Glücksspielmonopols auf Spielbankenspiele als "öffentliches Unternehmen" gemäß der Definition des Europarechts. Folglich kann die Monopolistin, wenn sie dem Unionsrecht widersprechendes nationales Recht anwendet, direkt haftbar werden. Anlass für diese Entscheidung war ein Fall aus den Jahren 2005/2006, in dem die gesetzlichen Spielerschutzbestimmungen auf einen italienischen Staatsbürger unionsrechtswidrig nicht angewendet wurden.</p> <p>In den Jahren 2005 und 2006 hatte ein Italiener große Summen in den Casinos in Innsbruck und Seefeld beim Roulette verspielt. Er erhob Klage gegen die Betreiberin der beiden Casinos: Diese sei nach dem Glücksspielgesetz verpflichtet gewesen, bei auffälligem Spielverhalten einzugreifen, um den Spieler vor finanziellem Schaden infolge von Spielsucht zu bewahren. In seinem Fall sei dies nicht ausreichend geschehen. Die Monopolistin rechtfertigte sich damit, die Spielerschutzbestimmung sei in der damaligen Fassung wortwörtlich nur auf "Inländer" anzuwenden gewesen.</p> <p>In seiner Entscheidung vom 15. 3. 2012 wertet der OGH die Monopolistin aber als "öffentliches Unternehmen" im Sinne des Unionsrechts. Solche Unternehmen treffen aufgrund ihrer "Staatsnähe" auch "Staatspflichten", und eine davon ist, dass sie nationales Recht, das unmittelbar wirkendem Unionsrecht widerspricht, nicht anzuwenden haben. Andernfalls werden sie - nach Meinung des OGH zumindest bei Vorliegen einer unvertretbaren Rechtsansicht - direkt haftbar (6 Ob 250/11z).</p> <p>Laut OGH sei es eine unvertretbare Rechtsansicht, dass § 25 Abs 3 GSpG in der damaligen Fassung mit dem Europarecht vereinbar wäre. Das allgemeine Verbot von Diskriminierungen aufgrund der Staatsangehörigkeit sei eine der zentralen Errungenschaften des Unionsrechts, und ein Spielerschutzsystem, das Inländern vorbehalten ist, klar unionsrechtswidrig. Die Monopolistin haftet für den festzustellenden Schaden des Klägers.</p> <p>Schlussendlich muss jeder selbst beurteilen, ob der Standpunkt moralisch bedenklich ist, Inländer vor Spielsucht schützen zu wollen, Ausländer aber nicht - Stichwort Corporate Social Responsibility.</p>
<p>bandick 17.04.2012 15:42</p>	<p>vier einsprüche (von amatic, merkur und zwei unbekanntenen) sind gegen die glücksspiellizenzen in oberösterreich eingegangen. der uvs muss nun entscheiden, wie damit verfahren wird.</p> <p>http://derstandard.at/1334530948832/Oberoesterreich-Vier-Beschwerden-gegen-Gluecksspiel-Lizenzen</p>
<p>räubertochter 19.04.2012 08:36</p>	<p>Am Dienstag wurden zwei weitere Anträge im österreichischen Landtag eingebracht, wonach Spielautomaten generell verboten werden sollen: In einem wird von der Bundesregierung nach Wiener Vorbild ein generelles Verbot des kleinen Glücksspiels gefordert, im anderen an das Land Steiermark appelliert, keine neuen Lizenzen für Automaten mehr zu vergeben bzw. die Geltungsfrist der erteilten Bewilligungen zu verkürzen.</p> <p>http://www.kpoe-steiermark.at/kpoe-fordert-game-over-fuer-steirisches-gluecksspiel.phtml</p>

Autor	Beitrag
<p>bandick 20.08.2012 10:23</p>	<p>und die nächste vorlage zum österreichischen glücksspielrecht an den europäischen gerichtshof: der uvs in oberösterreich hat massive europarechtliche bedenken hinsichtlich der regulierung von glücksspielautomaten gegen das österreichische glücksspielrecht geäußert und deswegen mehrere vorlagefragen an den eugh gestellt, nämlich:</p> <p>1. Steht das in Art. 56 AEUV und in den Art. 15 bis 17 EGRC zum Ausdruck kommende Verhältnismäßigkeitsprinzip einer nationalen Regelung wie den in den Ausgangsverfahren maßgeblichen Bestimmungen der §§ 3 bis 5 sowie §§ 14 und 21 GSpG, die die Durchführung von Glücksspielen mittels Automaten nur unter der – sowohl strafsanktionierten als auch unmittelbar sacheingriffsbedrohten – Voraussetzung der Erteilung einer vorangehenden, jedoch nur in begrenzter Anzahl verfügbaren Erlaubnis ermöglicht, obwohl bislang – soweit ersichtlich – von staatlicher Seite in keinem einzigen gerichtlichen oder verwaltungsbehördlichen Verfahren nachgewiesen wurde, dass eine damit verbundene Kriminalität und/oder Spielsucht tatsächlich ein erhebliches Problem, dem nicht durch eine kontrollierte Expansion von zugelassenen Spieltätigkeiten auf viele Einzelanbieter, sondern nur durch eine kontrollierte, mit bloß maßvoller Werbung verbundene Expansion eines Monopolisten (bzw. sehr weniger Oligopolisten) abgeholfen werden kann, darstellen, entgegen?</p> <p>2. Für den Fall, dass diese erste Frage zu verneinen ist: Steht das in Art. 56 AEUV und in den Art. 15 bis 17 EGRC zum Ausdruck kommende Verhältnismäßigkeitsprinzip einer nationalen Regelung wie den §§ 52 bis 54 GSpG, § 56a GSpG und § 168 StGB, durch die im Wege unbestimmter Gesetzesbegriffe im Ergebnis eine nahezu lückenlose Strafbarkeit auch vielfältiger Formen von nur sehr entfernt beteiligten (u.U. in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ansässigen) Personen (wie bloßen Vertreibern, Verpächtern oder Vermietern von Glücksspielautomaten) eintritt, entgegen?</p> <p>3. Für den Fall, dass auch die zweite Frage zu verneinen ist: Stehen die demokratisch-rechtsstaatlichen Anforderungen, wie diese offenkundig dem Art. 16 EGRC zu Grunde liegen, und/oder das Fairness- und Effizienzgebot des Art. 47 EGRC und/oder das Transparenzgebot des Art. 56 AEUV und/oder das Doppelverfolgungs- und -bestrafungsverbot des Art. 50 EGRC einer nationalen Regelung wie den §§ 52 bis 54 GSpG, § 56a GSpG und § 168 StGB, deren wechselseitige Abgrenzung mangels eindeutiger gesetzlicher Regelung für einen Bürger ex ante kaum vorhersehbar und berechenbar, sondern im konkreten Einzelfall jeweils erst im Wege eines aufwändigen förmlichen Verfahrens klärbar ist, an die sich jedoch weitreichende Unterschiede hinsichtlich der Zuständigkeiten (Verwaltungsbehörde oder Gericht), der Eingriffsbefugnisse, der damit jeweils verbundenen Stigmatisierung und der prozessualen Stellung (z.B. Beweislastumkehr) knüpfen, entgegen?</p> <p>4. Für den Fall, dass eine dieser drei ersten Fragen zu bejahen ist: Steht Art. 56 AEUV und/oder Art. 15 bis 17 EGRC und/oder Art. 50 EGRC einer Bestrafung von Personen, die in einer der in § 2 Abs. 1 Z. 1 und § 2 Abs. 2 GSpG genannten Nahebeziehung zu einem Glücksspielautomaten steht, und/oder einer Beschlagnahme bzw. Einziehung dieser Geräte und/oder einer Schließung des gesamten Unternehmens solcher Personen entgegen?</p>

Autor	Beitrag
<p>petergaukler 31.08.2012 18:23</p>	<p>siehe :</p> <p>Glücksspielindustrie Novomatic verdoppelt Gewinn Der Glücksspiel-Konzern Novomatic, zu dem auch Löwen Entertainment gehört, hat im ersten Halbjahr 2012 seinen Umsatz deutlich gesteigert und den Gewinn mehr als verdoppelt. Der Halbjahresüberschuss stieg um 112 Prozent auf 111,9 Millionen Euro. Das teilte das Unternehmen am 30. August mit.</p> <p>gelesen bei</p> <p>www.gamesundbusiness.de</p> <p>31.8.2012</p>
<p>räubertochter 22.10.2012 10:53</p>	<p>Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs zur Vergabe der Lotteriekonzession durch das Finanzministerium kommt erst im nächsten Jahr:</p> <p>http://www.noen.at/news/wirtschaft/Lotterielizenz-VfGH-Entscheid-erst-naechstes-Jahr:art333.419545</p>
<p>bandick 28.11.2012 09:37</p>	<p>"Nach dem Stadt- und dem Landpaket hat das Finanzministerium am Montag die Lizenzen für drei zusätzliche Casinos in Wien und Niederösterreich ausgeschrieben. Die Casino-Einzelkonzessionen werden in getrennten Verfahren vergeben, teilte der für Glücksspiel zuständige Finanzstaatssekretär Andreas Schieder (SPÖ) am Montag mit. Wien bekommt zwei neue Spielbanken und Niederösterreich eine. Insgesamt wird es in Österreich somit bald 15 statt 12 Casinos geben."</p> <p>http://derstandard.at/1353207303007/Zusaetzliche-Casino-Lizenzen-fuer-Wien-und-NOe</p>
<p>räubertochter 15.01.2013 09:47</p>	<p>In Kärnten darf es zukünftig genau 465 Spielautomaten geben, für deren Betrieb bis zum 21. Januar nun Konzessionisten gesucht werden. Mit einer Entscheidung, wer die Konzessionen erhält, wird allerdings erst Mitte des Jahres gerechnet.</p> <p>http://www.kleinezeitung.at/kaernten/3217861/kampf-um-lizenzen-fuer-kleines-gluecksspiel.story</p>
<p>bandick 27.03.2013 08:26</p>	<p>mal wieder was zum thema sportwetten in österreich:</p> <p>http://www.bettingexpert.com/de/blog/oesterreich-sportwetten</p>
<p>räubertochter 03.04.2013 08:17</p>	<p>Anbei ein Artikel aus dem Standard über die ÖVP und ihren Einsatz für ein Gesetz gegen die Sportwetten-Mafia im EU-Parlament:</p> <p>http://derstandard.at/1363706383938/Politiker-wollen-Sportwetten-voellig-neu-regeln</p>

Autor	Beitrag
<p>schindel 13.07.2013 09:55</p>	<p>Die SPÖ feilt derzeit an ihrem Wahlprogramm, das sie am 3. August beschließt. Wie die "Wiener Zeitung" aus Parteikreisen erfuhr, wird die Partei darin das Verbot des Kleinen Glücksspiels fordern - und zwar österreichweit. Der entsprechende Punkt hat einen Fixplatz im Wahlprogramm.</p> <p>Der Kärntner SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser: "Das Kleine Glücksspiel ist das große Pechspiel. Ziel ist und bleibt das Verbot des Kleinen Glücksspiels - bundesweit."</p> <p>http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/561407_Wahl-Rot-will-Automatenverbot.html</p>
<p>räubertochter 13.03.2014 08:00</p>	<p>Österreichs Casinos fürchten Novomatic-Gesetz und kritisieren, eine geplante Neuregelung des Automatenspiels nutze nur der privaten Novomatic. Sie sehen sogar ihr wirtschaftliches Überleben bedroht.</p> <p>http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-03/casinos-gluecksspiel-oesterreich-gesetz</p>
<p>bandick 21.06.2014 10:54</p>	<p>Im Nervenpoker um die drei neuen Casinos-Konzessionen werden die Sieger in den nächsten Tagen fest stehen. Das Finanzministerium entscheidet Ende Juni. Glücksspiel fällt in die Kompetenz von SP-Staatssekretärin Sonja Steßl, doch das letzte Wort hat VP-Finanzminister Michael Spindelegger.</p> <p>Der steht vor einer heiklen Situation. Der Expertenbeirat unter Sektionschef Wolfgang Nolz hat für alle Lizenzen – zwei in Wien, eine in Niederösterreich – die teilstaatlichen Casinos Austria (Casag) an erster Stelle gereiht. Die Gruppe erhielt bereits die Verlängerung aller zwölf bestehenden Konzessionen für Vollcasinos (Tische mit Croupiers und Automaten) sowie die Lotto-Lizenz.</p> <p>Sieht aber gar nicht gut aus, wenn der Monopolist wieder alles abräumt. Und die mächtigen Landeschefs Michael Häupl, SP, sowie Erwin Pröll, VP, haben auch so ihre Interessen. Pröll macht sich für das Projekt der Novomatic in Bruck an der Leitha stark. Der Glücksspielkonzern des Industriellen Johann F. Graf ist immerhin einer der größten Arbeitgeber in Niederösterreich.</p> <p>http://kurier.at/wirtschaft/wirtschaftspolitik/wirtschaft-von-innen-politischer-kompromiss-um-die-drei-casino-konzessionen/71.104.461</p>

Autor	Beitrag
<p>räubertochter 20.10.2014 15:19</p>	<p>Im Jahr 2006 wurde eine Abänderung des Glücksspielgesetzes im Parlament behandelt. Die Staatsanwaltschaft vermutet dahinter Schmiergeldzahlungen an das BZÖ. Der Ex-Parteibmann Westenthaler bekennt sich vor Gericht "nicht schuldig".</p> <p>Der ehemalige BZÖ-Obmann und Bundesliga-Vorstand Peter Westenthaler ist am Montag im Wiener Straflandesgericht eingehend zum zweiten Anklagekomplex - eine Zahlung von 300.000 Euro der Österreichischen Lotterien an die BZÖ-eigene Werbeagentur "Orange" - befragt worden. Westenthaler, dem in diesem Zusammenhang Untreue als Beteiligter vorgeworfen wird, bekannte sich auch dazu "nicht schuldig".</p> <p>Er habe "aus Realität und Freundschaft zu Doktor Jörg Haider" seinen gut dotierten Job bei Magna aufgegeben und sich zum BZÖ-Obmann und Spitzenkandidaten für die Nationalratswahlen im Herbst 2006 küren lassen, erzählte Westenthaler. Er habe Haiders Bitte zunächst abgeschlagen, in einem "emotionalen Gespräch" sich aber zur Rückkehr in die Politik überreden lassen.</p> <p>Nach seiner Wahl zum Obmann am 23. Juni 2006 war Westenthaler formal einige Wochen als geringfügig Beschäftigter bei der "Orange"-Webeagentur angestellt, weil er zunächst kein Einkommen und damit auch keinen Versicherungsschutz hatte. Um die Agentur selbst und die Finanzen der Partei habe er sich "bewusst nicht gekümmert. Ich habe gesagt, meine Rolle ist die Politik. Ich wollte mit den Finanzen nichts zu tun haben."</p> <p>In diesem Zusammenhang legte Westenthaler dem Schöffensenat (Vorsitz: Wolfgang Etl) eine schriftliche Vereinbarung mit Haider vor, in welcher dies festgehalten wurde. "Ich wollte mit den Finanzen nicht belastet werden. Das war für mich eine <i>conditio sine qua non</i>, heißt das glaub' ich."</p> <p>Auch um das Wahlkampfbudget des BZÖ habe er sich nicht gekümmert. Haider habe ihm drei Millionen Euro zugesichert, darauf habe er sich verlassen. Er selbst sei "von Beginn an auf der Straße gewesen" und habe Wahl gekämpft, sagte Westenthaler.</p> <p>Oberstaatsanwältin Barbara Schreiber vermutet, dass der Wahlkampf des BZÖ mit einer "Schmiergeldzahlung" der Österreichischen Lotterien mitfinanziert wurde. Am Abend des 11. Juli 2006 hatten der Vorstand der Österreichischen Lotterien, Friedrich Stickler, und der Chef der Casinos Austria AG, Leo Wallner, erfahren, dass die damalige ÖVP-BZÖ-Regierung zwei Tage im Parlament eine Abänderungsantrag behandeln lassen wollten, der das Glücksspielgesetz nachhaltig geändert hätte. Das Glücksspielmonopol der Casinos Austria wäre gefallen.</p> <p>In dieser Situation sollen die Telefone bei Regierungsvertretern heiß gelaufen sein. Friedrich Stickler, damals auch Präsident des Österreichischen Fußballbundes (ÖFB) und in dieser Funktion mit Westenthaler seit dessen Zeit als Bundesliga-Vorstand bekannt, soll bei diesem interveniert haben, um die Novelle zu verhindern. In einem Telefonat beschied Westenthaler jedoch Stickler "Da kann man nix mehr machen. Die Kugel ist bereits aus dem Lauf".</p> <p>Überraschenderweise wurde am 13. Juli die in Aussicht genommene Gesetzesänderung im Parlament aber nicht behandelt. Dafür erstellte die BZÖ-Agentur den Österreichischen Lotterien kurze Zeit später laut Anklage ein "Scheingutachten", wofür die Lotterien immerhin 300.000 Euro springen ließen. Einem Gutachten zufolge soll die vermeintliche Expertise von Westenthalers langjährigem Mitarbeiter Kurt Lukasek erstellt und praktisch wertlos gewesen sein.</p> <p>"Im Zweifel ist immer der Parteibmann der Schuldige. Daran muss man sich auch gewöhnen. Ich habe mit der Sache aber mit Sicherheit nichts zu tun", gab Peter Westenthaler zu Protokoll. Er stellte vehement in Abrede, er habe ein "Scheingutachten" in Auftrag gegeben, um dem BZÖ zu einer "Schmiergeldzahlung" in</p>

Autor	Beitrag
	<p>Höhe von 300.000 Euro seitens der Österreichischen Lotterien zu verhelfen.</p> <p>Dass der Gesetzesänderungsantrag, der das Ende des Glücksspielmonopols bedeutet hätte, am 13. Juli 2006 nicht im Parlament behandelt wurde, habe nicht - wie von der Anklage dargestellt - das BZÖ verursacht, sondern die ÖVP. "Das ist Ergebnis des Untersuchungsausschusses, dass eindeutig die ÖVP dieses Gesetz verhindert hat", betonte Westenthaler.</p> <p>Der Ex-BZÖ-Chef unterstrich, der Abänderungsantrag wäre seine Initiative gewesen: "Der Kampf gegen das Glücksspielmonopol zieht sich durch mein ganzes Leben". Es sei mit Regierungsvertretern der ÖVP bereits per Handschlag vereinbart gewesen, das Glücksspielgesetz zu reformieren. Als die Casinos Austria und ihre Tochter, die Österreichischen Lotterien, davon Kenntnis erlangten, hätten Leo Wallner und Friedrich Stickler ihre Kontakte zur ÖVP spielen lassen, um den Fall des Monopols in letzter Minute zu verhindern, schilderte Westenthaler. Der Anruf Sticklers bei ihm, Westenthaler, sei aber "keine Intervention" gewesen: "Einzigster Sinn dieses Anrufes war mich zu befragen, ob ich von dieser Gesetzesänderung weiß." Er habe Stickler darauf klipp und klar gesagt, dass die Änderung beschlossene Sache sei und man da nichts mehr machen könne.</p> <p>http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/3776450/prozess-westenthaler-bestreitet-auch-untreue-vorwurf.story</p>

In diesem Thema befinden sich folgende Anhänge:

- Gluecksspiel.pdf 268 KB